

KURPFALZ UND WORMS AM BEISPIEL DER NACHBARLICHEN BEZIEHUNGEN ZU FRANKENTHAL

Von Ernst Merkel

Am Beispiel von Frankenthal lassen sich die Beziehungen zwischen Worms und Kurpfalz gut aufzeigen, denn Frankenthal konnte als kurpfälzische Oberamtsstadt nicht allein entscheiden, sondern mußte, wenn es mit Worms zu tun hatte, zuvor die oberamtliche Genehmigung einholen. Im Gegensatz zu Worms ist Frankenthal eine junge, erst ab 1562 aus einem Kloster hervorgegangene geplante Industriesiedlung, gefördert von den Kurfürsten. Die Blüte dauerte bis zum Dreißigjährigen Krieg 1618–1648 und erst unter Kurfürst Karl Theodor kam es im 18. Jahrhundert zu einem kurzen Aufschwung, der mit der französischen Revolution endete. Im 19. Jahrhundert war Frankenthal nur ein unbedeutendes Landstädtchen. Die Reichsgründung brachte im Zuge der nun verstärkt einsetzenden Industrialisierung Wohlstand, aber auch soziale Spannungen.

Das kurpfälzische Frankenthal lebt noch heute in seinem Porzellan weiter. Worms dagegen lebte von seiner großen reichsstädtischen Vergangenheit, die nach 1870 neu belebt wurde, empfand man doch damals den „grelle[n] Gegensatz eines erst vor kurzem durchlebten kümmerlichen Daseins zu der glorreichen reichsstädtischen Zeit bitter“¹. Heinrich Boos stützte sich im wesentlichen auf das von ihm geordnete Wormser Stadtarchiv und die ihm zugängliche Literatur. Zahlreiches Akten- und Urkundenmaterial liegt jedoch auch in den Archiven von Nachfolgestaaten der ehemaligen Kurpfalz. Bisher unbeachtete Quellen erschlossen sich in den Stadtarchiven Frankenthal und Straßburg.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die verwickelten Beziehungen zwischen der Reichsstadt Worms und der Kurpfalz bis in Einzelheiten zu verfolgen, zumal sie von der Reichsgeschichte nicht zu trennen sind. Diese zeigte seit dem Mittelalter die Tendenz zu einer Schwächung der Zentralgewalt zu Gunsten der territorialen Herrn. Seit dem 15. Jahrhundert stellten sich eine Reihe von kleineren Herren unter den Schutz der Pfalzgrafen, in deren Territorium Worms eine Enklave bildete. Schwerwiegend für das Verhältnis von Worms und Kurpfalz war, daß das Hochstift Worms, mit dem die Bürger in Streit lagen, seit dem 14. Jahrhundert unter Pfalzgraf Ruprecht in Abhängigkeit von der Kurpfalz geriet.

Eine für die Geschichte von Worms folgenschwere Auseinandersetzung brachte die 1482 erfolgte Bischofswahl. Das dem Pfalzgrafen ergebene Domkapitel wählte den Dompropst und kurpfälzischen Kanzler Johannes von Dalberg zum neuen Herrn. Wiederum stieg die Angst vor Eingriffen des mächtig gewordenen Pfälzers in der Bürgerschaft an, um so mehr als nun ein dem Kurfürsten ergebener Mann auf dem Bi-

schofsstuhl saß. Johannes beanspruchte die Stadt für sich und nun stieg die Unruhe. Kurfürst Philipp vermittelte zwischen den beiden Parteien, fand aber bald eine Gelegenheit, die Stadt zu demütigen. Beim Einzug des neuen Bischofs ging ein Herold in den pfälzischen Farben voran und es fielen starke Worte. Angebliche Beleidigungen veranlaßten den Kurfürsten, das für die Stadt lebenswichtige Geleit zu Wasser und zu Lande zu sperren. Damit hörte der geregelte Handelsverkehr auf. Seine um die Stadt schwärmenden Reiter überfielen Bürger, raubten Vieh und zerstörten die Rheinkähne. Als die Stadt hart blieb, gruben die Pfälzer den Mühlbach ab, so daß die schwerfälligen Roßmühlen in Gang gesetzt werden mußten. Es kam schließlich zu Verhandlungen und am 9. Dezember 1483 schlossen Worms und Kurpfalz einen nach dem Muster von Speyer abgefaßten Vertrag. Der Rat bekannte sich schuldig, den Streit heraufbeschworen zu haben und zahlte ein Sühnegeld. Härter dagegen traf es die Bürger, daß sie sich unter den Schirm der Kurpfalz stellen mußten. Der Vertrag ist insofern wichtig, weil ab nun die Schlichtung von Streitigkeiten auf dem Verhandlungsweg erfolgen sollte². So schlichtete 1485 das Hofgericht zu Heidelberg einen Streit wegen der Wormser Elendenherberge³. Kaiser Friedrich III. blieb auch bei diesem Vertrag wie bei Speyer untätig und bestätigte erst später die Privilegien der Stadt.

Im Gegensatz zu Friedrich III. trat sein Nachfolger Maximilian I. für eine Stärkung der kaiserlichen Macht ein. Er ist nicht nur der Schöpfer der Reichsfriedensordnung, sondern tat auch Kurfürst Philipp in die Acht. Alle mit ihm abgeschlossenen Verträge waren damit ungültig. Daher forderte der Kaiser zuerst Speyer und dann später Worms auf, die Schirmverträge zu kündigen, weil sie reichsfeindlich seien. Zuerst zögerte der Rat, dem kaiserlichen Verlangen nachzukommen, obwohl dieser alle Verträge als „tot und kraftlos“ erklärt hatte. Endlich gehorchte die Stadt und wurde dafür mit bisher bischöflichen Rechten wegen des Gehorsams belohnt. Das Vertragswerk blieb bestehen, nur daß an die Stelle von Kurpfalz ab 1504 das Haus Österreich trat. Worms zahlte nun die verlangten Beiträge an die Landvogtei Unterelsaß in Hagenau.

¹ Heinrich Boos, Geschichte der rheinischen Städtekultur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Worms. Band I, Berlin 21897, Vorwort.

² Boos I, 3 ff., Badisches Generallandesarchiv, zit. GLA, Karlsruhe Abt. 77/8265, 1483, 1503, 1521, 1522, 1523, 1581, 1611, 1615, 1654, 1719. Es handelt sich um spätere Abschriften aus dem Hauptstaatsarchiv München. StadtA Worms I B/559, spätere Abschrift des verlorengegangenen Originals v. 1483.

³ StadtA Worms I B/564 v. 28. 2. 1485

Auch jetzt war Worms darauf bedacht, seine Souveränität zu wahren und diese war besonders beim Geleitwesen bedroht. Bereits Kurfürst Philipp hatte durchgesetzt, daß „Fürsten und fürstenmässige“ Personen durch seine Beamten durch die Stadt geleitet wurden. Auch das Haus Österreich suchte sich des Geleits durch die Stadt zu bemächtigen. Daher betonte der Rat 1510, Worms habe das alleinige Recht, Fuhrwerke mit Kaufmannsgut innerhalb des Burgbanns zu geleiten, „nachdem sonst niemand anders in der Stadt und Gemarkung das Geleitrecht hat“. Daher bestritt man auch später den kurpfälzischen Beamten das Geleitrecht³. 1515 beschwerte sich der Kurfürst über Wormser Schiffeleute, die sich dem Geleit nach Frankfurt nicht anschlossen⁴. 1518 endete ein Rechtsstreit wegen des „Eisbruchs“ zwischen dem Lampertheimer Gerech und der Pfrimmündung mit der Entscheidung, daß das Eis der Kurpfalz gehöre⁵.

1520 nahmen als kaiserliche Kommissare der Graf von Falkenstein und für das Haus Österreich Heinrich von Amsdorf, Zinsmeister zu Hagenau, an der Schlichtung einer kleinen Irrung zwischen Kurpfalz und Worms teil⁶. 1521 gab es wiederum Unstimmigkeiten wegen des Eisbruchs „abwendig der Stadt Worms“. Der Rat hatte kein Recht auf das Eis⁷. Ebenfalls 1521 geht es um das Geleit im Bürgerfeld, das nur der Kurpfalz zustehe⁸. Im gleichen Jahre wird der Kurpfalz die Hoheit auf den Leinpfeiden am Rhein zugestanden⁹.

Nachdem sich der Kurfürst mit dem Kaiser ausgesöhnt hatte, wurde nun jener wieder als Schirmherr zugelassen, so daß jetzt zwei „Schutzherrn“ über die Geschicke der Stadt mitbestimmten. Dieser 1522 abgeschlossene Vertrag hatte eine Laufzeit von sechzig Jahren und enthielt Bestimmungen über gegenseitige Rechte der Untertanen bei Erbschaften, Nachsteuer (Wegzugsteuer) und Bürgerrecht. Er sicherte Worms Geleit zu und sprach im Zusammenhang damit von den Zöllen und Abgaben, wobei, bedingt durch die Lage von Worms im kurpfälzischen Territorium, die Doppelverzollung von Waren geregelt wurde. Dieser mehrfach verlängerte und verbesserte Schirmvertrag galt bis zum Ende der Stadtfreiheit um 1800. Bereits 1523 wurden der Transitzoll und das Brückengeld bei Wein- und Fruchtzoll neu geregelt und dabei diese Regelung als unschädlich für Worms bezeichnet¹⁰. Um die gleiche Zeit beschwerte sich der Kurfürst, daß Worms zwei ihm zustehende Nachen nach Roxheim nicht stellte. 1549 und 1550 ging es um die der Kurpfalz zustehenden Nachen bei der Rheindürkheimer Fahrt¹¹. 1562 stritt man sich wegen unberechtigtem Heumähen durch Hofheimer Bürger im Bürgerfeld¹² und im gleichen Jahr über das Fischen in Gräben bei Überschwemmung¹³.

Der Rat war darauf bedacht, „das uralte, friedliche, nachbarliche Verhältnis“ zur Kurpfalz aufrecht zu erhalten, so in einem Streit wegen eines von Wormser Fischern im Rhein ersäuften und auf Wormser Territo-

rium angelandeten Hirsches. Die Fischer hatten das Tier an die Schwanenwirtin verkauft. Nun verlangte der Kurfürst die Bestrafung der Frevler, da der Rhein ebenso wie das Jagdrecht bei Neuhausen der Kurpfalz gehörte¹⁴. Einer der verhafteten Fischer, Hans von Seligenstadt, sollte nach Alzey zum Verhör gebracht werden. Der Rat hatte ihn jedoch inzwischen freigelassen¹⁵. Um die gleiche Zeit verlangte der Kurfürst die Beseitigung eines Grabens im Bürgerfeld, der Worms nicht nütze und der Kurpfalz schädlich sei¹⁶.

Als sich gegen Ende seiner Regierungszeit Kurfürst Friedrich III. dem entschiedenen Calvinismus zuwandte, mußte es zu Spannungen zwischen dem lutherischen Worms und der reformierten Kurpfalz kommen. Der alternde Kurfürst verfolgte in seinem Land die Lutheraner und erregte damit über dessen Grenzen hinaus Aufsehen. Der seit 1562 einsetzende Flüchtlingsstrom aus den Niederlanden veränderte die Lage im Süden der Stadt. Die strengen Calvinisten brachten moderne Wirtschaftsformen mit, womit sie den Wormser Handwerkern, besonders den Tuchmachern, überlegen waren. Da sie auch eine fremde Sprache sprachen, entstand in Worms ein Fremdenhaß, der sich bei Durchsetzung der lutherischen Orthodoxie in der Stadt noch steigerte; er zeigte sich in gegenseitigen Beschimpfungen¹⁷.

Das lutherische Stadregiment blieb den Reformierten gegenüber zunächst tolerant, d.h. es duldete sie mit Rücksicht auf den mächtigen Nachbarn, betonte aber den lutherischen Charakter der Stadt Worms durch Nichtzulassung einer reformierten Gemeinde bis zum Ende des 17. Jahrhunderts und die Verweigerung des vollen Bürgerrechts. Da das religiöse Bekenntnis sich aus der Landeszugehörigkeit ergab, berief sich der Rat auf den Augsburger Religionsfrieden, der die Reformierten nicht anerkannte. Damit vermied er, zu viele Parteigänger der Kurpfalz in die Mauern der Stadt zu lassen.

In Worms setzte sich erst später als in Frankfurt am Main die streng lutherisch-orthodoxe Geistlichkeit

⁴ StadtA Frankfurt, Requisitionen 1515/4

⁵ StadtA Worms 1 B/1650

⁶ ebenda Schr. v. 1. 2. 1520

⁷ GLA Karlsruhe, vgl. Anm. 2, 1521

⁸ ebenda v. 5. 8. 1521

⁹ ebenda: Frevel auf Geleitstraße

¹⁰ StadtA Worms, Uk. 1/724; GLA Karlsruhe, vgl. Anm. 2, 1525.

Betr. Gulden- und Doppelzoll: „so jemand aus der Stadt Worms Wein oder Frucht verkauft oder ausführt, wenn er versichert die Ware sei verzollt, dann zollfrei in die Pfalz“

¹¹ StadtA Worms, 1 B/1698

¹² ebenda, 1 B/1650

¹³ ebenda: Irrung wegen Pfälzer Bürgern aus Hofheim u. 1 B/452

¹⁴ StA Darmstadt, E 10 K. 83 F. 6. Sept. 1571

¹⁵ Kurpfalz verlangte die Bestrafung der Fischer und eine Entschädigung für den im „Schwanen“ verzehrten Hirsch.

¹⁶ StadtA Worms, 1 B/1650

¹⁷ StadtA Frankenthal, Ratsprotokolle, zit. RP., 12. 5. 1595

durch. In der Stadt gab es in den siebziger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts bis in das Stadtreghment Anhänger Melanchthons, die sich für die Einigung der beiden protestantischen Bekenntnisse einsetzten. Zu ihnen gehörte auch der „alte Stättmeister“ Barthel Staudt. Er ließ nicht nur die Heirat seiner Tochter Maria mit dem Frankenthaler Schaffner zu, er dürfte auch ein gewichtiges Wort bei der um 1576/77 erfolgten Zuwanderung von 167 Wallonen und Franzosen aus Schönau und Heidelberg gesprochen haben. Sie schlossen sich der Frankenthaler Gemeinde an, verließen jedoch bis auf wenige Ausnahmen bald wieder die Stadt Worms. Nicht nach Frankenthal siedelte über: m^e Niclas de Gohey docteur et advocat de Mess¹⁵ de Wormes (Dr. und Anwalt der Herrn von Worms). Er tritt als Pate des aus Worms übergesiedelten Denis Thiery 1585/86 im Kirchenbuch der franz. ref. Gemeinde S. 47 f. auf. Barthel Staudt erhielt vom Frankenthaler Rat später für seine Unterstützung der wallonischen Reformierten ein Geldgeschenk¹⁸. Da Worms lutherisch war, hätte der Rat die Reformierten ausweisen können. Er tat es wohl mit Rücksicht auf den Schirmherrn nicht, erschwerte jedoch das Leben seiner reformierten Einwohner besonders nach Taufen beim Eintrag ins Taufbuch. Wer keine Bescheinigung eines lutherischen Geistlichen vorzeigen konnte, daß das Kind von ihm getauft worden war, konnte es nicht in der Stadt lassen. Daher wählten die betroffenen Eltern den Weg über die Doppeltaufe oder aber sie erreichten nach langer Wartezeit eine Taufe ihres Kindes in der Kurpfalz. Dafür zahlten sie eine Strafe in den Almosen, die 10 Gulden und mehr betragen konnte.

Aus den angegebenen Gründen verweigert die Stadt 1596 die Zuwanderung von Wallonen aus Frankfurt¹⁹. Mit den Katholiken bildeten die Reformierten eine kleine Minderheit; die Zahl der Reformierten belief sich 1608 auf 18 Familien²⁰. Ihre Zahl dürfte sich nach der Besetzung der Kurpfalz durch die Spanier und Bayern erhöht haben, aber auch Kurfürst Karl Ludwig erhielt nicht die Bitte, den Reformierten eine Gemeinde zu genehmigen, erfüllt. Für den Kirchgang nach Neuhausen gewährte der Rat seit 1582 freies Geleit. Nur wenige Reformierte verzeichnen die drei Frankenthaler Kirchenbücher, darunter außer der Tochter des Wormser Händlers Andinelli noch den Wormser Kanoniker von St. Andreas Sibertus Mirketius – er ließ sich mit seiner Konkubine trauen – und die ehemalige Wormser Nonne Anna Malgreen, geboren zu Dirmstein²¹.

1578 wollte ein Metzger aus Neuhausen eine Fuhr Ochsenhäute ins kurpfälzische Sausenheim bringen. Es kam zu einem Zusammenstoß am Falltor des Speyerbenns, wo mit Rodhaken und Äxten bewaffnete Wormser das Fuhrwerk mit Gewalt von der Geleitstraße auf Wormser Gebiet führten²². 1581 verlängerten Kurfürst Ludwig VI. und Worms den Schirmvertrag. An die Stelle von Österreich trat jetzt

die Reichsfriedensordnung. Der Vertrag sollte Worms vor „Plackereien“ schützen²³.

Die unterschiedlichen Bekenntnisse in Kurpfalz und Worms verursachten Reibereien, wenn auch im Allgemeinen die Kontakte gut waren. Die Frankenthaler Schützen besuchten das Wormser Freischießen²⁴, Frankenthaler Händler und Handwerker verkehrten im „Schwanen“, die Handwerksgesellen im „Bären“. Die in der Stadt wohnenden reformierten Familien beschäftigten Lehrlinge und Dienstmädchen aus der Nachbarstadt, wobei man darauf achtete, daß diese sich nicht lutherisch vermählten²⁵.

Vereinzelt kam es zu Ausbrüchen von religiösem Fanatismus und Fremdenhaß. Ein Wormser Bürger nannte 1592 Johann Casimir einen „Hundsfoß“ und die Frankenthaler „welsche zwinglische Schelmen“. Ein Wirt ließ, als er durch Frankenthal fuhr, in der Stadt die Trommel schlagen, um die „wahre Religion“ zu verspotten²⁶.

Da die Flüchtlinge meist mittellos nach Frankenthal kamen, mußte sich der dortige Rat, um die ihm vom Landesherrn auferlegten Auflagen zu erfüllen, Geld leihen. Zum „Rheinbau“ sollten sie insgesamt 6000 Gulden aufbringen. 2000 vermittelte bei einer reformierten Witwe der Rat Philipp Weber. Als Unterhändler dienten den Frankenthalern zwei wallonische Bürger, die durch den Aufenthalt ihrer Vorfahren in Worms nach der Reichsstadt besonders gute Beziehungen hatten²⁷. Auch noch später finanzierten Wormser Geldgeber durch ihr Geld den Frankenthal auferlegten Hausbau für Flüchtlinge. In allen Fällen handelte es sich um Wormser Reformierte.

Auch wirtschaftlich war Frankenthal in den ersten Jahrzehnten seiner Gründung (1562) von der Nachbar-

¹⁸ Ad. v. d. Velden, Eine Niederlassung französischer Reformierter in Worms: Monatsschrift des Frankenthaler Altertumsvereins, Jg. 12 (1904) S. 22. Ihr Sprecher in Worms wird bald Bürgermeister in Frankenthal. Seine Söhne sind später bekannte Juweliere.

¹⁹ F. M. Illert, Geschichte der reformierten Gemeinde und der Friedrichskirche. Worms 1939 (Der Wormsgau, Beiheft 8) 1 ff. Aus Worms ein getauftes Kind, *Régistres de l'église néerlandaise* Taufen 13. 12. 1618. Aus einer Anmerkung geht hervor, daß das Kind erst 14 Wochen nach seiner Geburt getauft wurde, Gustav Stragosch, Beitrag zur Geschichte der Aus- und Einwanderung zu Worms und Umgebung, In: *Der Wormsgau* 1, 348.

²⁰ Vgl. Anm. 19

²¹ StadtA Frankenthal, Deutsch-ref. Kirchenbuch, Konfirmationen Winter 1594; Heiraten 1618, 1624

²² StadtA Worms, 1 B/452, Schr. v. 29. 11. 1578

²³ Vgl. Anm. 2, Karlsruhe, Jahr 1581, fehlt in Worms

²⁴ StadtA Frankenthal, RP v. 23. 8. 1592, 31. 8. 1592

²⁵ ebenda: 1583, 15. 7., 23. 4. 1589, 11. 5. 1590. „Jacob Grein, hochdeutscher Pfarrer zu Frankenthal hat seine Tochter in Frankenthal verkündigt, sie aber nachher in Worms dem Luthertum zugeführt.“ Die Hochzeit soll in Worms stattfinden.

²⁶ ebenda: 3. 2. 1591 ... hat die „Trummel zu trotz durch die Stadt geschlagen; ist eine Verachtung der Religion allhie ...“

²⁷ ebenda: 12. 8. 1592. Kurfürst leiht bei der Stadt Geld, man soll es aufnehmen. StadtA Worms, 1 B/468: Vermittler der Anleihen ist Peter Weber Lic.

stadt abhängig. Frankenthaler Bürger benützten bis ca. 1597 als Metzger das Wormser Schlachthaus und lange noch das dortige Kaufhaus²⁸. Küfer und Bäcker baten um Übernahme der Wormser „Ordnungen“ und selbst der deutsche Bettelvogt verlangte den Wormser Jahreslohn von 50 Gulden²⁹. Ähnliches gilt von den Ärzten. Da Frankenthal sich keine teuren Stadtärzte erlauben konnte, ließ der Rat seine deutsche Hebamme von Dr. Jacob in Worms und 1596 anlässlich der Pest die Frankenthaler Ärzte durch Dr. Theobald Fettich auf ihre Geschicklichkeit prüfen³⁰. Die beiden Wormser Ärzte, Dr. Jacob und Dr. Fettich, waren reformiert.

Um die gleiche Zeit kam es zu Streit wegen der Wegezölle. Als Frankenthal sie erhob, um sein Pflaster zu erneuern, erhob auch Worms diese Abgabe³¹. 1597 lassen die Wormser Zöllner Fuhrwerke aus der Nachbarstadt ohne Zoll passieren³². 1590 können die Händler ihre Waren auf den jeweiligen Wochenmärkten verkaufen, aber bereits 1595 wird den Frankenthaler Bürgern auf Verlangen des Rates von Worms der Butter- und „Victualienfürkauf“ verboten³³.

1595 kam es zu einem Streit zwischen Kurpfalz und Worms wegen der Waffenschmiede. Sie hatten sich beklagt, seit 30 Jahren nicht auf dem Frankenthaler Wochenmarkt verkauft zu haben, und sollten weiterhin weder in Frankenthal noch in den kurpfälzischen Ämtern verkaufen dürfen. Auch für Victualien- und sonstige Händler, ja sogar für Handwerker sollte dies nun gelten. Obgleich sich Waffenschmiede aus der Kurpfalz zugunsten der Wormser aussprachen, wies die kurpfälzische Regierung den Antrag der Wormser zurück³⁴.

Andererseits dürfen Wormser Handwerker in Frankenthal arbeiten. Der Uhrmacher Gregorius Zöller, reformiert und aus Worms, erhielt einen Jahresvertrag, die Kirchenglocke zu warten. 1598 erhielt der Uhrmacher Martin Siehk vom Rat den Auftrag, die „Spindel, Steig und Standrat zu machen“ und dafür zu sorgen, daß die Uhr 5 Jahre richtig geht; dafür erhält er 13 Gulden jährlich³⁵. Pflasterer und Schieferdecker erhielten eine befristete Arbeitserlaubnis. Ähnliches galt für den Buchbinder aus Worms, der Frankenthal verlassen mußte, als sich ein Pfälzer niederließ³⁶.

Immer wieder wollte die Kurpfalz in Worms präsent sein. Man hatte in Worms einen Wegweiser zum Schönauerhof, der Geleitstation, aufgestellt und ihn mit dem pfälzischen Löwen versehen. Der Rat sah darin einen Eingriff in seine Souveränität und erhob in Heidelberg Einspruch. Die kurpfälzische Regierung versicherte, man wolle nicht „habende Gerechtigkeit der Stadt einschränken“, sondern nur den zu Fuß oder zu Pferd Reisenden den Weg zum kurpfälzischen Geleitmann anzeigen³⁷.

Die Heidelberger Räte legten, wie sie ausdrücklich betonten, Wert auf gutnachbarliche Beziehungen zu Worms, so als man 1599 einen Vergleich wegen eines

Grabens im Bürgerfeld beim Neuwörth abschloß. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wurden die einzelnen Rechte zusammengestellt und beschlossen, einen Deich gegen Überschwemmung zu bauen und, wie bereits früher, den Bewohnern im Rechtsrheinischen den Zugang zur Tränke zu sichern³⁸.

Der Erhaltung von guten Beziehungen zu Worms diente auch die Verhandlungstaktik beim Durchstich der Bonau. Im Oktober 1600 begannen die Verhandlungen, zu denen Sachverständige aus Frankenthal herangezogen wurden, weil der Wormser Plan Frankenthals Interessen berührte. In diese Gespräche sollten die Rheinfahrt und der Heuchelheimerbach einbezogen werden, weil das vorliegende Projekt der Kanalschiffahrt schade. Worms sollte deshalb auf eigene Kosten an anderer Stelle bauen. Bei den Gesprächen im Schönauerhof zu Worms ging es zuerst um die Festlegung einer neuen Trasse für die Rheinfahrt, weil der alte Lauf beim „Durchschratten“ der Bonau an seiner Mündung durch den „fressenden Rhein“ versande. Kurpfalz setzte die Gesamtkosten auf 6000 Gulden für die Verlegung fest. Am 17. 11. 1600 tagten die Abgeordneten der beiden Parteien unter dem Vorsitz des Vice-dom von Neustadt von neuem im Schönauerhof. Dieser schlug vor, Worms solle die Kosten für den Neubau der Rheinfahrt und $\frac{2}{3}$ der Kosten für die Neuerwerbung von Gelände zahlen. Auf die Frage, ob Worms mit der Ableitung des Heuchelheimerbachs einverstanden wäre, erwiderten die Abgeordneten der Stadt, man könne nicht darauf eingehen, weil andere Herrn hier Rechte hätten. Gegenüber dem ersten Kostenvorschlag lagen nun die Baukosten bei 7000 Gulden. Der Frankenthaler Vorschlag, Worms solle sich einen anderen Platz für seinen Durchstich aussuchen, wurde erneut abgelehnt und die neue Trasse genau festgelegt, die eine Länge von 921 Ruten und den Aufbau eines Deichs vorsah. Der Wormser Rat lehnte die geforderte Summe ab und erklärte sich bereit, den Wert des kürzeren alten Laufs des Kanals den Frankenthalern zu ersetzen. Er bot zuerst 1300 Gulden, wollte aber „zur Unterhaltung guter Nachbarschaft“ auch 1500 zahlen. Inzwischen hatte Worms bereits mit dem Bau begonnen und der Rat bot Frankenthal eine Abfindung an, deren Annahme durch das Oberamt Neustadt verboten wurde, weil die Verhandlungen mit dem Domkapi-

²⁸ ebenda: 9. 10. 83, Frankenthal kein eigenes Schlachthaus, 1. 8. 1597, eigenes Schlachthaus Größe 30 Schuh; Kaufhaus 17. Jh.

²⁹ StadtA Frankenthal, RP 24. 12. 1582

³⁰ ebenda 24. 9. 1596

³¹ ebenda 28. 5. 1590, 6. 6. 1597

³² ebenda 9. 12. 1590

³³ StadtA Worms, 1 B/502/4

³⁴ Vgl. Anm. 33

³⁵ StadtA Frankenthal, RP 29. 9. 1598

³⁶ ebenda: zahlreiche Hinweise bes. im 17. Jh.

³⁷ StadtA Worms, 1 B/460

³⁸ ebenda: 1 B/1631

tel wegen des Landverkaufs noch nicht abgeschlossen waren. Diese verliefen jedoch ergebnislos; der Dekan verweigerte den Verkauf. Das Oberamt war bestrebt, dies dem Rat zu Worms zu verheimlichen, weil dieser dann den Bau einstellen und Frankenthal keine Abfindung erhalten würde. Frankenthal hatte inzwischen ein Gutachten bei Dr. Nennius in Speyer eingeholt und dafür außer dem Honorar ihm einen Becher im Wert von 23 Gulden verehrt. Endlich am 11. 5. 1604 kommt es zu einem Vergleich zwischen Kurpfalz und Worms, der in Heidelberg abgeschlossen wird. Danach schließt man einen Kompromiß; Worms kann 14 Tage nach der Ratifikation des Vertrages mit dem Durchstich beginnen. Frankenthal erhält als Entschädigung für die auftretenden Schäden am Kanal 2500 Gulden, die sie beliebig verbrauchen kann³⁹.

1608 war die protestantische Union abgeschlossen worden, der sich Worms aus Abneigung gegen den Calvinismus und aus Angst vor gefährlicher politischer Entwicklung erst um 1609 auf Betreiben von Peter Dathenus⁴⁰ anschloß. Es kam auch jetzt zu Irrungen. So erhob Worms 1609 wieder Weggeld von Frankenthaler Fuhrwerken⁴¹. Im gleichen Jahr verweigerten Wormser Bürger die Annahme von Geld in der neuen Währung. Vorher hatte es wieder Streit auf dem Bürgerfeld gegeben, weil der Rat das Mähen einer Wiese befohlen hatte, wogegen die Kurpfalz protestierte⁴². 1609 beschwerten sich die Bürgermeister Jacob Weiß und Bastian Bayer, weil die kurpfälzischen Beamten den Transport von Bellen und Pfählen aus dem Rechtsrheinischen über die kurpfälzische Fähre bei der Landshütte verboten und die Bezahlung des Bestandgelds in neuer Währung verlangten. Stattdessen verweise der Schaffner in Lorsch die Wormser Fuhrwerke über die Holzhütte von Rheindürkheim zu fahren, ein Zwischenfall, der nicht neu war⁴³. Doch schlossen Worms und die vormundschaftliche Regierung in Heidelberg eine Kapitulation, die alle immer wieder beanstandeten Dinge, wie Übergriffe bei Zoll etc. klären sollte. Da man sich nicht über alles einigen konnte, kam es 1614/15 unter Kurfürst Friedrich V. zu Zusatzeinigungen⁴⁴.

Auch jetzt wollte Worms seine Unabhängigkeit gegenüber dem neuen Kurfürsten demonstrieren. Im Gegensatz zu den pfälzischen Städten Oppenheim, Frankenthal und Heidelberg wurden der junge Kurfürst und seine Frau bei ihrer Rückreise 1613 aus England in Worms nur knapp begrüßt⁴⁵.

In Worms schwelte schon länger Unruhe wegen der Zulassung der Jesuiten und wegen der Juden. Auch war das Verhältnis zwischen dem Stadregiment und den Zünften immer schlechter geworden, zumal letztere die Führung der Amtsgeschäfte kritisierten. Zugleich gab es Zwistigkeiten wegen der Wasserversorgung des Bürgerfeldes. Die Frankenthaler beabsichtigten, den Heuchelheimerbach nach Roxheim in den Rhein abzuleiten, um einen neu errichteten Kran mit Wasser zu

versorgen. Da aber der Bach bisher mit dem Neugraben zusammen in den Gießen floß und das Bürgerfeld (gemeint ist die linksrheinische Bürgerweide) mit Wasser versorgt, kam es wie bereits 1592, als Frankenthal einige Wasserläufe zwischen Heßheim und Bobenheim auf Pfälzer Gebiet stauen wollte, zu Zwistigkeiten. In diesem Streit sollte das Neustädter Oberamt vermitteln⁴⁶.

Immer wieder kam es zu Mißverständnissen wegen der auf dem Rhein und zu Lande zu erhebenden Zölle. Strittig blieb auch jetzt das Gebiet zwischen Rheintor und der Fähre, das Kurpfalz für sich beanspruchte, das aber Worms als kaiserlich für sich beanspruchte. Deshalb sei Worms der Kurpfalz nichts schuldig.

1614 beschwerte sich das Alzeyer Oberamt über Wormser, die auf dem Rhein das dem Kurfürsten zustehende Geleit nicht beachtetten und der Kurpfalz die ihr zustehenden Abgaben vorenthielten⁴⁷.

In dem Maße, wie die Zünfte in Worms an Einfluß gewannen, ging die Autorität der Dreizehner zurück. Diese versuchten, den Bürgern gehörende Rechte an sich zu reißen; so beanspruchte aufgrund unterschiedlicher Auslegung der kaiserlichen Privilegien sowohl der Rat wie die Bürgerschaft die Juden für sich⁴⁸.

Die Schwäche des Rats zeigt auch das Verhalten der Wormser Herrn während der Herrnsheimer Hexenprozesse, als sich Worms dagegen sträubte, Auszüge aus den Hexenbekenntnissen anfertigen zu lassen, weil Bürgerfrauen verdächtigt waren⁴⁹. Der Boden für einen Aufstand war also gut vorbereitet und als in Frankfurt die Judenunruhen begannen, griffen sie auch auf Worms über. Als die Bürgerschaft einen Ausschuß berief, der die rechtlichen Voraussetzungen einer gewaltlosen Entfernung der Juden schaffen sollte, bot sich der Kurfürst Mitte 1614 zur Vermittlung an, um beiden Seiten Genugtuung zu verschaffen. Diesen Pfälzer Abschied unterzeichnete für die Kurpfalz der Rat Camerarius. Das Abkommen wurde jedoch bald von den Zünften gebrochen. Ein Appell an die Bürgerschaft, ihre Tätigkeit gegen den Rat und die Juden ein-

³⁹ StadtA Frankenthal, RP 11. 10. 1600, 25. 10. 1600, 6. 17. 11. 1600, 19. 11. 1600, 24. 12. 1600, 16. 1. 1601, 16. 2. 1601, 18. 2. 1601, 13., 18., 21. 2. 1601, 20. 4. 1601, 9. 5., 14. 5., 30. 6. 1602, 26. 10. 1603; Schr. v. 11. 5. 1604 I 455 Bl. 54 Schreiben des Oberamts

⁴⁰ Boos, IV, 408

⁴¹ ebenda: 19. 4. 1609

⁴² StadtA Worms, 1 B/1650

⁴³ ebenda: 1 B/1698

⁴⁴ GLA Karlsruhe 77/8265, 1611

⁴⁵ Beschreibung der Reiß . . ., in: Der Wormsgau I, 362 ff.

⁴⁶ StadtA Worms, 1 B/1631

⁴⁷ ebenda: 1 B/500

⁴⁸ Ernst Merkel, Die Wormser Juden und Frankenthal, in: Der Wormsgau 13, 97 f.

⁴⁹ Ernst Merkel, Hexenprozesse in der Herrschaft Dalberg, in: Der Wormsgau II, 79 ff. Der Rat wagte nicht gegen in Herrnsheim als Hexen angegebene Bürgerfrauen vorzugehen, vermutlich, weil er die Zünfte fürchtete.

zustellen und die Zusammenkünfte zu unterlassen, blieb erfolglos.

Auch die Verhaftung des Bürgeradvokaten Dr. Chemnitz brach nicht den Widerstand der Zünfte gegen den Rat. Im Gegenteil, der Druck gegen ihn und die Unruhe wuchs, so daß das Stadtregeriment immer wieder abgelehnte Bittschriften für die Entlassung des Anwalts nach Heidelberg senden mußte. Auch der Kaiser wurde tätig. Er bestimmte, Hessen, Kurpfalz und Kurmainz sollten Kommissare zur Untersuchung der Ursachen der Unruhen entsenden. Mit der am 10. April 1615 erfolgten Judenaustreibung steigerte sich die Unruhe zeitweilig zur Anarchie und die Hoffnung der Kurpfalz, mit der Abwanderung der Juden sei die Autorität wieder hergestellt, trog. Am 21. April 1615 richtete Friedrich V. den ersten Brief an den Kaiser mit der Schilderung der Zustände. Am 28. April erfolgte die Besetzung der Stadt durch von Friedrich V. eilig zusammengesogene Bauern, für die am 27. der Heidelberger Rat Dr. Pastor die Quartiere ausgesucht hatte. Einen Tag nach dem Einmarsch der Kurpfälzer schickte der Kurfürst ein Schreiben an den Kaiser, in dem er sein Eingreifen rechtfertigte und um Genehmigung dafür bat.

In Worms, so schreibt er, habe ein Notstand vorgelegen, der ein Eingreifen des Schirmherrn notwendig gemacht habe, um so mehr, als der Rat ein Ersuchen an ihn gerichtet habe. Es liege ihm die Wohlfahrt der friedlichen Bürger und der allgemeine Friede am Herzen. Auch wolle er Blutvergießen vermeiden.

Aber nicht nur an die Stadt denke er. Er wolle verhindern, daß die Unruhe auch andere Regionen am „Rheinstrom“, darunter sein Territorium, erfasse. Von Worms ausgehend könnten andere Obrigkeiten gefährdet werden. Endlich sei der Gehorsam, den die Untertanen den Herrn schulden würden, gefährdet. Friedrich V. hatte dabei nicht Unrecht. Das benachbarte Frankenthal unterstützte die Wormser; ihre Druckerei arbeitete für die Zünfte, diese wiederum hatten Sympathisanten bei dem mit dem Frankenthaler Rat unzufriedenen Volk. Im Worms befreundeten Speyer drohte dem dortigen Bürgeradvokaten die Verhaftung, weil er die Bürgerschaft gegen die Stadtregerung unterstützte, wobei unter den Zünften Unruhe aufkam. Die Speyerer Stadtregerung riet auf Anfrage von Worms, das „Feuer zu dämpfen“⁵⁰. Juden gab es damals in Speyer nicht.

Nun setzte sich der Kurfürst für Milde gegenüber den straffällig gewordenen Bürgern ein. Bei diesen handele es sich um „erarmete“ Leute, „so wenig haben zu verlieren und die ihr vermessen Vorhaben, gleichwo mit eigentätlicher Ausschaffung der Juden“ durchgeführt hätten. Der Kurfürst bittet den Kaiser, Milde walten zu lassen, zugleich aber zu überlegen, ob er die Juden wieder in die Stadt lassen solle; nur so wäre die dauernde Ruhe in der Stadt gewährleistet⁵¹.

Nach der Besetzung der Stadt huldigte die in den Bürgerhof befohlene Bürgerschaft im Beisein der beiden kurpfälzischen Kommissare dem alten Rat. Nach und nach zogen sich die Soldaten aus der Stadt zurück; auch ein Großteil der wegen der Judenunruhen Verhafteten wurde entlassen, darunter auch der Bürgeradvokat. Nachdem die aus speyerischen und kurpfälzischen Kommissaren gebildete Untersuchungskommission in Sachen der Juden ihre Ermittlungen abgeschlossen hatte, verließ sie die Stadt und kam erst wieder, als aus Wien das Urteil vorlag. Die Strafvollstreckung erfolgte nach Rückkehr von Soldaten und der Kommission. Jene führten darauf die Juden wieder in ihre Wohnungen.

Die Wormser Tumulte hatten ein weites Echo. Der der Stadt verwiesene Sattler Hans Georg Kern verfaßte eine Apologie auf die Wormser Bürgerschaft. Anonyme Flugschriften erschienen, eine beschäftigte sich mit der Einnahme von Worms. Sie veranlaßte Friedrich V., ein Verbot gegen die Frankenthaler Druckerei auszusprechen⁵². Chemnitz hielt sich noch in Worms auf, muß aber später die Stadt verlassen haben. Er begab sich nach Straßburg und reichte dort eine Beschwerde gegen den Kurfürsten ein. Den kurpfälzischen Bauern warf er vor, sie hätten auf Befehl die widerspenstigen Bürger wie „Thiere und Hunde“ mit Prügeln zur Huldigung getrieben, die Verhafteten wie Verbrecher aneinander gekettet. Die Frauen der Kommissare und Offiziere hätten auf Kosten der Bürger gefeiert und der Stadt damit hohe Kosten verursacht. Endlich sagte er, Friedrich V., der sich während der Besetzung von Worms in Frankenthal aufhielt, habe die Juden durch seine Soldaten zurückführen lassen, vergaß aber zu erwähnen, daß dieser als Schirmherr in des Kaisers Auftrag handeln mußte. Hier liegt eine bewußte Verleumdung ebenso vor, wie bei der Bemerkung von Chemnitz, 20–23 Frauen hätten durch Aufregung beim Einzug eine Fehlgeburt gehabt⁵³.

Ganz objektiv dagegen sieht es der für den französischen Hof verfaßte Bericht. Dieser betont, es habe keine Gewalt gegen die katholische Geistlichkeit gegeben, was wegen der vorausgegangenen Unruhe wegen der Zulassung der Jesuiten in der Stadt möglich gewesen wäre. Er lobt die Mäßigung und gute Disziplin der Bürgerschaft. Auf die Kurpfalz eingehend schreibt der Verfasser, der Kurfürst habe alle deutschen Fürsten

⁵⁰ Fritz Hermann, Archivalische Findlinge in Flandern III, Die Einnahme der Stadt Worms durch Kurfürst Friedrich V. In: Quartaltbl. d. Hist. Vereins f. d. Großherzogtum Hessen NF 6, 336 ff.; vgl. Anm. 48, StadtA Speyer, 1 A 112/4

⁵¹ Vgl. Anm. 50

⁵² Vgl. Anm. 48, S. 102, StadtA Frankenthal, RP 29. 1. 1616, „Kemnitz hat 12 oder 14 Ballen Papier bei Marc Petit für die Druckerei in Frankenthal bestellt.“

⁵³ StadtA Straßburg, Série AA 1215 fol. 60, Gravamina toctoris (!) Chemnitzii kays. Hofadvokat

von den Vorgängen unterrichtet und erscheine als Friedensstifter in Deutschland⁵⁴.

Die abenteuerliche Politik seiner Berater trieb den jungen Friedrich V. in die Katastrophe vom Weißen Berg und als Folge ins Exil, nachdem der Kaiser ihn in die Reichsacht erklärt und sein Land unter Sequester gestellt hatte. Worms versuchte, jeden Konflikt mit dem Kaiser zu vermeiden und schlug auch die Achterklärung in der Stadt an. Als dann 1623 die Spanier Frankenthal belagerten, mußten Wormser für sie Schanzarbeiten verrichten⁵⁵. Während im benachbarten Frankenthal unter Andrea Contrera die Bevölkerung durch unerhörte Kontributionen gepeinigt und zum Auszug gezwungen wurde, die Kapuziner Bekehrungen zum Katholizismus durchführten und der Bischof von Worms sein Recht auf die ehemalige Klosterkirche anmeldete – er ließ auch deshalb das Erkenbertlied abschreiben –, blieb Worms außer durch finanzielle Belastungen im Allgemeinen verschont⁵⁶.

Dem Rat kam der Zuzug Reformierter aus der Kurpfalz und insbesondere aus Frankenthal ungelegen und er hob die durch den Schirmvertrag und die Kapitulation von 1611 gewährten Vergünstigungen für Pfälzer auf. Andererseits half er der Nachbarstadt und schlug eine Aufforderung des Frankenthaler Rats, nach der die geflüchteten Bürger ihren Beitrag zur Soldatenlast zu leisten hätten, an⁵⁷.

Am 25. 11. 1632 verließen die Spanier Frankenthal. 1633 übernahm Pfalzgraf Ludwig Philipp als Administrator für den unmündigen Karl Ludwig die Regierung. Dieser forderte den Rat auf, den Schirmvertrag und dessen Bestimmungen wieder aufleben zu lassen, da sich die meisten Flüchtlinge zur „Salvierung ihres Gewissens“ hinwegbegeben hätten. Der Rat erklärte sich dazu bereit⁵⁸. 1635 kam es in der Kurpfalz wegen der ruinierten Landwirtschaft und eintretender Trockenheit zu einer Hungersnot, die wiederum zur Flucht aus der Stadt führte. Nun wandten sich der kurpfälzische Gouverneur und der Stadtrat an Worms mit der Bitte um Lieferung von Lebensmitteln. Worms betont, es habe selbst keinen Überfluß, gebe aber aus Gründen der guten Nachbarschaft auf Verlangen etwas ab⁵⁹.

Der Frieden von Münster und Osnabrück brachte nicht nur das Ende des Krieges, sondern die Wiederherstellung der Kurpfalz ohne die Festung Frankenthal. 1650 räumten die Franzosen Worms, 1652 die Spanier Frankenthal. Nachdem jetzt Karl Ludwig die volle Souveränität in seinem Land besaß, wurden auch die Gespräche mit Worms aufgenommen. Als besonders vordringlich sah man den militärischen Schutz an, den der Kurfürst der Stadt auf Bitten auch gewährte. Zugleich liefen die Verhandlungen zum Abschluß des im Krieg abgelaufenen Schirmvertrages an. Am 20. August 1653 wurde der neue Vertrag in Heidelberg abgeschlossen. Er enthält eine Kündigungsklausel und erwähnt nicht mehr die Reichsfriedensordnung. Worms

verzichtete wiederum auf bisher ihm zustehende Rechte, denn nunmehr sollte das Frankfurter Meißgeleit „simultane“ von Wormsischen und kurpfälzischen Beamten durch den Burgbann geführt werden. Die Stelle des Geleitmanns übernahm nun ein kurpfälzischer Kommissar⁶⁰.

Die Hebung der ruinierten Wirtschaft in seinem Land wollte der Kurfürst mit allen Mitteln fördern. Er entwickelte ehrgeizige Projekte, an denen auch Worms teilhaben sollte. Der zerfallene Frankenthaler Kanal sollte wieder instand gesetzt werden, für dessen Benutzung ein Wormser Schiffer sich um ein Patent bewarb⁶¹. Der Kurfürst plante die Rheinregulierung bei der Petersaue⁶² und ließ die während des Kriegs auf dem Leinpfad gewachsenen Dornhecken beseitigen, um einen neuen Weg für Fuhrwerke und Reiter nach Worms zu schaffen⁶³.

Seine Pläne kosteten Geld und dieses bekam er nur durch Schaffung neuer Wirtschaftsstrukturen. An die Stelle der überkommenen wollte er Gewerbefreiheit setzen und daher suchte er die Kontrolle über die Zünfte im Land zu erreichen. Alle mußten ihre Archive nach Heidelberg senden, was auch ohne Schwierigkeiten befolgt wurde. Nur mit den Seilern gab es Streit. Die Frankenthaler bildeten seit langem mit den Wormsern eine Zunft mit gemeinsamem Zunftmeister und abwechselnden Tagungsorten in der Reichsstadt und in Frankenthal. Die reichsstädtischen Zunftmeister weigerten sich, zu den Sitzungen nach Frankenthal zu kommen, was einen scharfen Schritt Karl Ludwigs zur Folge hatte⁶⁴.

Der Kurfürst konzentrierte sich bei seinen Projekten zuerst auf Mannheim, das den Löwenanteil seiner Wirtschaftspolitik haben sollte. Er siedelte dort nicht nur reiche Juden, sondern auch Geschäftsleute an, die, wenn sie in Mannheim wohnten, in den Genuß der Gewerbefreiheit kamen, denn für die übrigen Einwohner im Lande galt sie nicht.

Da das Geld für die Finanzierung des Wiederaufbaus trotz französischer Subsidien und steigender Steuern

⁵⁴ Archiv des Außenministeriums Paris (Sign. fehlt), aus der Landesarchivverwaltung Warschau: *Récit de ce qui s'est passé en la ville de Worms par les gens de guerre . . .* Microfilm im Landesarchiv Speyer X 3, 5

⁵⁵ Boos, IV, 424 ff.

⁵⁶ ebenda: IV, 446 ff.

⁵⁷ StadtA Frankenthal, RP 30. 7. 1636, 2. 11. 1635. Die aus Frankenthal nach Worms Geflüchteten sollen dort zur Kontribution für die Spanier herangezogen werden; 11. 2. 1633, die hochdeutsche Kirche ist dadurch, daß die Spanier alles Blei hinweggerissen haben, beschädigt. Der angefangene Turm zerfällt.

⁵⁸ ebenda: 14. 1. 1635

⁵⁹ ebenda: 18. 10. 1635

⁶⁰ GLA Karlsruhe, vgl. Anm. 2, 1654; StadtA Worms, Urk I/1011

⁶¹ StadtA Frankenthal, RP 10. 5. 1655

⁶² ebenda: I 455, p. 262 v. 1. 4. 1656

⁶³ ebenda: 22. 8. 1653; Fürstl. Wormbsische und nassauische Räte und Rat von Worms. Hier auch wegen des Weggelds.

⁶⁴ ebenda: 21. 6. 1672, 8. 11. 1658

im eigenen Land nicht ausreichte, suchte der Kurfürst Geldquellen zu erschließen. Er wollte das seit langem ruhende Wildfangrecht wieder beleben und verlangte daher das Erbe eines jeden unehelich Geborenen – des Wildfanges – in der Kurpfalz, Kurmainz und Bistum Worms, einschließlich der Reichsstadt. Als sich die betroffenen Herrn weigerten, die Abgabe einzutreiben, kam es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung. Später sprach ihm das Reichskammergericht die Abgabe zu⁶⁵.

Sein Lieblingsplan, Mannheim als eine merkantilistische Musterstadt und Hauptstadt aus dem Sand zu stampfen, wurde aus finanziellen Gründen immer schwieriger. Nun rieten ihm seine Berater, er solle versuchen, das im Krieg nur wenig zerstörte, aber hoch verschuldete Worms – es konnte nicht mehr die Beiträge zu den Reichsgremien zahlen – in seine Pläne einzu beziehen.

Er schickte seinen Rat Freinsheim nach Worms mit dem ausgearbeiteten Plan einer Erhebung der Stadt zur kurpfälzischen Residenzstadt. Kurpfalz wolle eine großzügige Wirtschaftshilfe leisten und so den Wohlstand in der Stadt „befördern“. Außerdem wolle Karl Ludwig den Hofstaat, die Reitschule und die Universität – ohne die theologische reformierte Fakultät – in die Stadt verlegen⁶⁶. Der Kurfürst suchte einflußreiche Wormser Bürger für seinen Plan zu gewinnen und schickte seinen Rat Brauneck, einen geborenen reformierten Wormser. Dieser scheint auf Sympathie gestoßen zu sein, denn er verbreitete das Gerücht, Worms werde bald kurpfälzische Hauptstadt sein. Aber Ende 1658 wurden die Verhandlungen abgebrochen. Worms wollte zunächst bei den befreundeten Städten Rat holen und wandte sich an Straßburg. Aus der Korrespondenz ergibt sich, daß der Kurfürst die Stadt mit verlockenden Angeboten ködern wollte. Er malte die Zukunft der Stadt, wenn sie das Angebot annehme, in den rosigsten Farben. Durch den zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung werde der Hausbau gefördert und die Einwohnerzahl steige. Die darniederliegende Wirtschaft komme in „Flor“, wozu nicht nur der Handel mit Frankreich, sondern auch eine neu zu erbauende Rheinbrücke mit ausgebauter Landstraße beitragen werde. Er denke dabei nur an die Wohlfahrt der Stadt, deren bisherige Unabhängigkeit er garantiere.

Bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über Karl Ludwigs Plan holte Straßburg als in dieser für die Reichsstädte wesentlichen Frage die Meinungen anderer Städte ein. Frankfurt meinte, man solle die Sache auf sich bewenden lassen, weil die Gespräche beendet seien. Ulm verhielt sich zurückhaltend. Dagegen kam aus Nürnberg ein ausführliches Gutachten von Dr. Tobias Ölthaff und Zacharias Stengelin. Karl Ludwig habe zwar die Unabhängigkeit der Stadt garantiert, es gebe aber am Schicksal von Metz und Cambrai zwei Beispiele, wo der Schirmherr zugleich Landesherr wurde.

So, wie diese beiden Reichsstädte unter französische Oberhoheit gekommen seien, also die Unabhängigkeit verloren hätten, so würde es auch Worms ergehen. Im Kriegsfall gäbe es keine Neutralität mehr.

Eine große Gefahr für Worms sehen die beiden Juristen in der Einwanderung von Kurpfälzern. Es entspreche nicht einer „gesunden Stadtpolitik, wenn man Leib- und andere Garden in die Stadt lasse, so daß der Gast mächtiger als der Wirt werde“.

Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit der Person Karl Ludwigs. Die Behandlung von Speyer bei den Verhandlungen über den neu abzuschließenden Schirmvertrag habe den Kurfürsten als rücksichtslos entlarvt, so daß sich der Reichskonvent in Worms damit beschäftigen mußte. Die Worms gemachten Angebote seien nur leere Versprechungen. Eine vom Kurfürsten in Heidelberg gehaltene Rede zeigt die wahren Pläne. Hatte er den Worms die Verlegung der Residenz ganzjährig zugesagt, so soll die Stadt nur Sommerresidenz sein. Er verschwiegen den Abgeordneten die Errichtung einer Zitadelle in der Liebfrauenvorstadt, die zusammen mit der Festung Frankenthal Worms vor Überfällen schützen solle.

Straßburg erstellte eine Empfehlung, die eine Ablehnung des Vorschlags enthielt. Der Rat solle sich beim Kurfürsten entschuldigen, denn man könne die alten Freiheiten nicht übergehen. Sollte aber Karl Ludwig mit Gewalt antworten, solle man ihn verklagen. Im Januar 1659 wurden die Verhandlungen in Heidelberg durch Lic. Hofmann als Delegationsleiter wieder aufgenommen, über deren Ablauf keine Nachrichten vorliegen. Ein Vorstoß von Kurpfalz, eine reformierte Gemeinde in der Stadt zuzulassen, scheiterte ebenfalls am Widerstand des Rats⁶⁷.

Eine Gewaltanwendung gegenüber der Stadt blieb aus, wahrscheinlich, weil Karl Ludwig wußte, daß er einen gegen ihn angestregten Prozeß verlieren würde. Ende 1659 kam es jedoch wiederum zu einem Eingriff in die Souveränität der Stadt. Kurpfalz verbot den Fährleuten das Übersetzen von Fuhrwerken und verlangte vom Rat, er solle Fuhrleute auf die Geleitstraße nach Oppenheim verweisen. Dieser holte von dem Rechtsgelehrten Oswald ein Gutachten darüber ein. Daraus geht hervor, daß Kurmainz, der Bischof und die Dalberger Rechte an der Fährleuten hätten, Worms also nicht allein bestimmen könne. Da auch die Straße zum Rhein kaiserlich sei, lehnte man die Forderung ab⁶⁸. Beim ge-

⁶⁵ StadtA Frankenthal, RP 10. 11. 1664; Boos IV, 447. Er forderte das Geld aus lang vergessenem Recht. Lothringische Truppen besetzten daraufhin Ladenburg.

⁶⁶ StadtA Straßburg, Série AA 1215; StadtA Worms, 1 B/500; ausführlich dazu demnächst unter Benutzung der Akten in Frankfurt und Wien Fritz Reuter, Sollte Worms 1659 Residenzstadt der Kurpfalz werden? (druckfertiges Ms. im StadtA Worms)

⁶⁷ Vgl. Anm. 19

⁶⁸ StadtA Worms, 1 B/500

gegenseitigen Handel stiegen die Zwischenfälle an. 1660 verlangen die Frankenthaler Krämer, die Wormser sollten das seit 1566 bestehende Verbot aufheben, Waren über die Woche und auf Wochenmärkten feilzuhalten⁶⁹.

Andererseits konnten Wormser Handwerker in der Nachbarschaft auf Widerruf arbeiten. Da dort auf lange Zeit kein Uhrmacher zur Reparatur und Wartung der Kirchenglocke wohnte, holte man einen reformierten aus Worms. Ähnliches galt für andere Berufe wie den Buchhändler. Da sich ein Frankenthaler mit dem Buchverkauf betätigen wollte, wurde der Wormser ausgewiesen. Sein Nachfolger bekam als Auflage, die gleichen guten Jugendbücher feilzuhalten wie sein Vorgänger⁷⁰.

Zu Mißhelligkeiten zwischen Worms und Kurpfalz kam es, als 1666 eine Seuche die Einwohner heimsuchte. Nun traten die seuchenpolizeilichen Bestimmungen inkraft, die außer der medizinischen Betreuung auch die absolute Isolierung der betroffenen Siedlungen vorsahen. Das ganze wirtschaftliche Leben war lahmgelegt, denn die Märkte waren geschlossen. Nur derjenige durfte einen Ort betreten, der einen von der Heimatbehörde ausgestellten Gesundheitspaß besaß. Als aber in Worms die Seuche wieder einmal erloschen war und der Rat die Passierscheine ausstellte, warf ihm Frankenthal vor, er habe falsche ausgestellt. Dessen Rat hatte Recht, mißtrauisch zu sein, denn die Krankheit trat bis 1668 immer wieder bei den Armen in Schüben auf. Erst 1668 wurden die beiderseitigen Märkte wieder geöffnet⁷¹.

1669 herrschte große Hitze im Land und die Bauern erlitten großen Schaden. 1672 gab es in Worms kein Brot mehr und die Städter gingen in die benachbarte Pfalz und in die Festung Frankenthal, um ihren Bedarf zu decken. Kleine Mengen durfte jeder ausführen. Zu einem Zwischenfall kam es, als eine Wormserin einen ganzen Wagen voll ausführen wollte. Das Brot war schon verzollt, da ließ der wachhabende Hauptmann die Fracht beschlagnahmen, weil er trotz gegenteiliger Behauptung der Käuferin Verdacht schöpfte, die Ware solle zu Wucherpreisen weiterverkauft werden⁷².

Inzwischen hatte sich die politische Lage für die Kurpfalz verschlechtert. Das Bündnis mit Frankreich zerbrach, französische Truppen fielen in die Kurpfalz ein. Karl Ludwig, bisher nur auf den Wiederaufbau seines Landes ausgerichtet, mußte schnell aufrüsten. Ab Mitte 1674 war auch das Land um Worms von den Franzosen bedroht. Die Bevölkerung wurde angehalten, sich nicht so weit von ihrem Heimatort zu entfernen, damit sie von den Feinden nicht nach Philippsburg gebracht würde⁷³. Zugleich wurden alle Kurpfälzer aufgerufen, Spelz und Mehl in die Magazine in die Friedrichsburg (Mannheim) zu liefern und zugleich bei sich Vorräte anzulegen. Da die Pfalz sich im Schirmvertrag zum militärischen Schutz der Stadt verpflichtet hatte, schickte Worms seine Stadtsoldaten vermutlich in die Festung

Frankenthal, weigerte sich aber, einen monatlichen Beitrag zur kurpfälzischen Kriegskasse unter Berufung auf seine „Immunität“ zu zahlen und Proviant zu liefern. Nun kündigte Karl Ludwig den Schirmvertrag, ließ die Wormser Soldaten entwaffnen und in der Frankenthaler Schaffnerei in strenger Haft als Geiseln halten, um den Rat zu Verhandlungen in Mannheim an den Tisch zu zwingen. Er ließ einen für die Versorgung der Stadt bestimmten Viehtransport wegen angeblicher Verletzung kurpfälzischen Territoriums beschlagnahmen und nach Frankenthal bringen, wo das Vieh verkauft und der Erlös als dreimonatlicher Beitrag zur Miliz angerechnet wurde. Dieser Gewaltstreich sprach sich schnell herum und es gelang den Kurpfälzern nicht, weitere Geiseln zu nehmen und Waren zu beschlagnahmen und zu verkaufen, weil die Händler ihre Ware in Speyer ließen.

Eine Delegation unter dem Ratsadvokaten Johann Brandstätter wurde auf die Friedrichsburg befohlen und ihnen bedeutet, man werde die Geiseln nicht freigeben, bis die gestellten Bedingungen erfüllt wären. Am 26. August 1674 unterschrieben die Wormser das Diktat unter Protest und um die Geiseln nicht „crepiren“ zu lassen. Umsonst hatte sich der Rat auf seine Privilegien berufen. Worms mußte von nun an den verlangten Beitrag zahlen und auch noch guten Hafer, Frucht und Wein auf die Friedrichsburg liefern. Für den Beitrag stellte der Mannheimer Jude Samuel Oppenheimer Kautions. Als die Bedingungen des Diktats erfüllt waren, wurden die Soldaten entlassen und der Handel wiederhergestellt. Zugleich bedeutete man dem Rat, er solle dafür sorgen, daß der kurfürstliche Obristleutnant Verkens zu seiner Forderung an den Ratsherrn Krapf komme „sub poena executionis et repressalliarum“ (unter Androhung der Exekution und von Repressalien). Bis 1678 zahlte die Rechenstube mindestens 43.452 Gulden ohne Naturallieferungen an die Frankenthaler Garnison⁷⁴. 1680 war Worms mit dem Beitrag im Rückstand. Daraufhin ließ der Kurfürst Wormser Bürger auf dem Frankenthaler Jahrmarkt verhaften. Der Festungskommandant de Wattleville hielt sie 3 Wochen fest, bis das Geld bezahlt wurde⁷⁵.

⁶⁹ StadtA Frankenthal, RP 28. 2. 1656

⁷⁰ ebenda: 13. 10. 1673

⁷¹ ebenda: 3. 4. 1668

⁷² ebenda: 8. 11. 1672

⁷³ ebenda: III, 657 v. 3. 3. 1676, Berichte des Oberamtes

⁷⁴ StadtA Worms, UK 1/1025 von 1675

⁷⁵ StadtA Frankenthal, RP 4. 4. 1680